



Brüssel, den 27. Mai 2016
(OR. en)

9337/16

EJUSTICE 86
JUSTCIV 130
DROIPEN 97
JAIEX 51

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender:	Gruppe "E-Recht" (E-Justiz)
Empfänger:	Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat
Nr. Vordok.:	9206/15, 5599/3/16 REV 3
Betr.:	Bewährte Vorgehensweisen bei Videokonferenzen mit Drittstaaten: Empfehlungen - Annahme

1. Die Gruppe "E-Recht" (E-Justiz) und die Expertengruppe zu grenzüberschreitenden Videokonferenzen haben sich im ersten Semester 2016 unter anderem mit bewährten Vorgehensweisen bei Videokonferenzen mit Drittstaaten befasst.
2. Die Gruppe hat das Thema in ihren Sitzungen vom 3. Februar, 1. März und 4. Mai 2016 erörtert, die Expertengruppe in ihren Sitzungen vom 11. Januar und 19. April 2016. In der Sitzung der Gruppe "E-Recht" (E-Justiz) vom 4. Mai wurde beschlossen, dem AStV/Rat die endgültige Fassung der Empfehlungen vorzulegen.
3. Der AStV/Rat wird daher ersucht,
 - a) die Empfehlungen in Bezug auf bewährte Vorgehensweisen bei Videokonferenzen mit Drittstaaten (s. Anlage) zu billigen, und
 - b) die bestehenden Übereinkommen zwischen den Mitgliedstaaten und Drittstaaten (s. Dokument 9488/16) zur Kenntnis zu nehmen.

I. Einleitung

1. Gemäß dem mehrjährigen Aktionsplan für die europäische E-Justiz (2014-2018)¹ zählt eine bessere Nutzung von Videokonferenzen zu den Prioritäten für diesen Zeitraum. Wie es im Aktionsplan heißt, sollte die elektronische Kommunikation zwischen den Justizbehörden der Mitgliedstaaten, speziell im Rahmen der im europäischen Rechtsraum beschlossenen Rechtsinstrumente auf dem Gebiet des Zivil-, des Straf- und des Verwaltungsrechts, weiter ausgebaut werden. Dabei sollten Videokonferenzen umfassender eingesetzt werden, damit es insbesondere in grenzüberschreitenden Fällen nicht mehr erforderlich ist, zum Gericht anzureisen, um an einem Verfahren teilzunehmen.
2. In ähnlicher Weise könnten auch bewährte Vorgehensweisen in Bezug auf Videokonferenzen mit Drittstaaten ausgetauscht werden, wobei der geltende oder künftige nationale, europäische und internationale Rechtsrahmen uneingeschränkt zu beachten ist. Neben den notwendigen Rechtsvorschriften, die die Zusammenarbeit in diesem Bereich regeln, ist eine effiziente Kommunikation zwischen den Akteuren unabdingbar für die technische Interoperabilität.

II. Umsetzung – allgemeiner Ansatz

3. Um diese Art der Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich der E-Justiz zu erleichtern, sollte ein zweigleisiger Ansatz verfolgt werden:
 - a) *Allgemeiner Rahmen*
4. Die Nutzung von Videokonferenzen zur Beweisaufnahme in einem zivil- oder strafrechtlichen Verfahren zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittstaat sollte einem einschlägigen Rechtsrahmen unterliegen. Bereits bestehende nationale sowie in internationalen oder bilateralen Abkommen vorgesehene Strukturen und Kompetenzen sollten berücksichtigt werden.

¹ Mehrjähriger Aktionsplan für die europäische E-Justiz (2014-2018) (ABl. C 182 vom 14.6.2011, S. 2), Nummern 25 und 31.

5. Dieser Rahmen kann durch eine geltende internationale Übereinkunft im Bereich des Zivil- oder Strafrechts (siehe Abschnitt III) vorgegeben werden.
6. Ist der betreffende Mitgliedstaat keine Vertragspartei einer dieser Übereinkünfte, sollte auf bilaterale Abkommen zwischen dem Drittstaat und dem betreffenden Mitgliedstaat zurückgegriffen werden.
7. Gibt es in diesem Bereich kein geltendes bilaterales Abkommen zwischen dem Drittstaat und dem Mitgliedstaat, so sollte geprüft werden, ob die Nutzung von Videokonferenzen auf Grundlage der jeweiligen nationalen Rechtsvorschriften und nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit möglich ist.
8. Wenn sich zu einem späteren Zeitpunkt herausstellt, dass es keinen anwendbaren Rechtsrahmen in diesem Bereich gibt und für diese Art der Zusammenarbeit ein spezifischerer Rechtsrahmen erforderlich ist, sollte die Aushandlung bilateraler Abkommen erwogen werden. Drittstaaten sollten dazu ermutigt werden, bereits bestehenden internationalen Übereinkommen beizutreten – besonders dem Übereinkommen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen.
9. Eine mögliche Lösung für solche Fälle könnte darin bestehen, dass unbeschadet der Zuständigkeiten der EU und der Mitgliedstaaten in diesem Bereich ein Musterabkommen zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittstaat über die Nutzung von grenzüberschreitenden Videokonferenzen in Gerichtsverfahren entworfen wird.

b) Technische und organisatorische Maßnahmen

10. **Erstens** könnten spezifische Vereinbarungen über grenzüberschreitende Videokonferenzen zwischen einem Mitgliedstaat und einem bestimmten Drittstaat oder einer bestimmten Gruppe von Drittstaaten getroffen werden, um einen festen Rahmen für eine solche Zusammenarbeit zu schaffen.
11. Da grenzüberschreitende Videokonferenzen zwischen EU-Mitgliedsstaaten und Videokonferenzen zwischen einem EU-Mitgliedstaat und einem Drittstaat in technischer und organisatorischer Hinsicht vergleichbar sind, könnte auf die Empfehlungen des Rates "Förderung des Einsatzes grenzüberschreitender Videokonferenzen im Bereich der Justiz in den Mitgliedstaaten und auf EU-Ebene und Austausch entsprechender bewährter Vorgehensweisen"¹ verwiesen werden.

¹ Siehe ABl. C 250, 31.7.2015, S. 1, Nr. 22 Buchstabe a für organisatorische und Nr. 22 Buchstabe b für technische Aspekte.
[http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015H0731\(01\)&from=DE](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32015H0731(01)&from=DE)

12. Es sollte klargestellt werden, dass das Ziel nicht darin besteht, ein rechtlich bindendes förmliches Abkommen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten und einem Drittstaat oder Drittstaaten zu schließen, sondern einen gemeinsamen Modus Operandi festzulegen (mit den iberoamerikanischen Staaten könnte dies beispielsweise in Form einer Grundsatzvereinbarung geschehen, die durch bilaterale Durchführungsvereinbarungen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten und bestimmten iberoamerikanischen Staaten ergänzt wird).
13. Was **zweitens** die technische und organisatorische Seite anbelangt, so müssen die Gerichte bzw. Justizbehörden des Mitgliedstaats und des betreffenden Drittstaates, wenn sich während eines laufenden Gerichtsverfahrens eine Anhörung als notwendig erweist, die konkreten Einzelheiten der Einrichtung einer funktionierenden Verbindung vereinbaren, wobei ihre jeweiligen internen Vorschriften in diesem Bereich – einschließlich des Grundsatzes der Unabhängigkeit der Justiz – uneingeschränkt zu beachten sind.
14. Im Einklang mit ihrem Mandat und Rechtsrahmen und im Zusammenhang mit diesem Dokument kann Eurojust bei der Erledigung eines Ersuchens um Rechtshilfe in Strafsachen, mit dem die Beweisaufnahme zwischen einem Mitgliedstaat und einem Drittstaat per Videoverbindung beantragt wird, behilflich sein¹.
15. Auch in solchen Situationen müssen die Vertraulichkeitsbestimmungen des betreffenden Mitgliedsstaats im Einklang mit den EU- und den nationalen Rechtsvorschriften eingehalten werden.
16. Zusätzlich wird empfohlen, dass Drittstaaten gegebenenfalls eine oder mehrere Kontaktstellen für Videokonferenzen einrichten, wobei die durch bestehende internationale Übereinkommen und bilaterale Abkommen vorgegebenen Kommunikationsstrukturen berücksichtigt werden sollten.

¹ Wohlgermerkt sind in Fällen, in denen eine solche Unterstützung beantragt wird, alle Probleme, die dabei auftreten können, im Voraus in Vereinbarungen zu klären. Zumindest sollte durch solche Vereinbarungen sichergestellt werden, dass Eurojust für jedwede Haftung, die ihr im Zusammenhang mit der von ihr geleisteten Unterstützung auferlegt werden könnte, entschädigt wird.

III. Verfügbare internationale Übereinkünfte

17. Einige internationale Übereinkünfte können für diesen Zweck genutzt werden, darunter zum Beispiel folgende Übereinkommen, die die Rechtshilfe in Straf-, Zivil- und Handelssachen regeln:

a) Wichtigste Übereinkünfte über Strafsachen:

- Europarat, zweites Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Europäischen Übereinkommen von 1959 über die Rechtshilfe in Strafsachen (das mehr oder weniger dem EU-Übereinkommen von 2000 entspricht)
- Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mit Rechtsakt des Rates vom 29. Mai 2000 gemäß Artikel 34 des Vertrags über die Europäische Union erstellt
- Iberoamerikanisches Übereinkommen über die Nutzung von Videokonferenzen bei der internationalen Zusammenarbeit zwischen Justizsystemen, unterzeichnet in Mar del Plata am 3. Dezember 2010 (Convenio Iberoamericano sobre el Uso de la Videoconferencia en la Cooperación Internacional entre Sistemas de Justicia)
- (Das Protokoll zum obengenannten Übereinkommen, das am selben Ort und Tag unterzeichnet wurde und Kosten, Sprachen und Übermittlung regelt, ist noch nicht in Kraft getreten, könnte aber für ein Handbuch von großem Nutzen sein.)
- Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Übereinkommen von Palermo), Artikel 18, angenommen am 15. November 2000 in New York und unterzeichnet am 13. Dezember 2000 in Palermo. Es wird durch zwei Zusatzprotokolle ergänzt:
- Zusatzprotokoll zur Verhütung, Bekämpfung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, in Kraft getreten am 25. Dezember 2003
- Zusatzprotokoll gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, in Kraft getreten am 28. Januar 2004

- Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption, angenommen am 31. Oktober 2003 in New York
- Beschluss 2009/820/GASP des Rates vom 23. Oktober 2009 über den Abschluss im Namen der Europäischen Union des Abkommens über Auslieferung zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika und des Abkommens über Rechtshilfe zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika
- Beschluss des Rates vom 7. Oktober 2010 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Japan über die Rechtshilfe in Strafsachen

b) Wichtigste Übereinkünfte über Zivil- und Handelssachen:

- Übereinkommen der HCCH (Haager Konferenz für Internationales Privatrecht) vom 18. März 1970 über die Beweisaufnahme im Ausland in Zivil- und Handelssachen
 - Im Rahmen der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht wurde eine Expertengruppe für die Nutzung von Videoverbindungen und anderen modernen Technologien bei der Beweisaufnahme im Ausland eingesetzt.
 - Die Expertengruppe für Videokonferenzen der Gruppe "E-Recht" (E-Justiz) sollte den Austausch von Erfahrungen und bewährten Vorgehensweisen mit der HCCH-Expertengruppe pflegen.
